JESUS MORON / REUTERS

Südafrika

Zeichen der Hoffnung

Sie werden ihn einfach nicht los, diesen Präsidenten, den viele Südafrikaner nur noch „Dieb“ nennen. Sieben Misstrauensanträge hat Jacob Zuma bereits überstanden, diese Woche ist im Kapstädter Parlament der achte gescheitert. Doch diesmal war es ziemlich knapp – und das ist ein Zeichen der Hoffnung. Denn erstmals stimmten mindestens 30 Abgeordnete des mit absoluter Mehrheit regierenden African National Congress gegen den Staats- und Parteichef. Sie haben endlich erkannt, wie sehr dieser Mann den moralischen Verfall ihrer Partei beschleunigt und den Ruf des ganzen Landes geschädigt hat. Zuma zählt zu den raffgierigsten Präsidenten Afrikas: ein Kleptokrat, der sich und seinen Familienclan schamlos bereichert und seine Regierung einer ausländischen Unternehmerclique ausgeliefert hat, die sogar bei der Berufung von Ministern mitreden soll. Misswirtschaft, Arbeitslosigkeit, Massenarmut und jetzt auch noch die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Ende der Apartheid: Jacob Zuma hat einen beispiellosen Niedergang des einstigen Vorbildlandes zu verantworten. Er bleibt vorläufig an der Macht, doch seine Tage sind gezählt: Die Verfassung verbietet ihm eine dritte Amtszeit. Aber frühestens wenn der Parteikongress im Dezember seinen Nachfolger bestimmt, könnten die Südafrikaner von diesem Gauner an der Spitze ihres Staates befreit werden. ill

Venezuela

Maduro vor Gericht?

Präsident Nicolás Maduro droht eine Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Luis Almagro, hat den ehemaligen Chefankläger des IStGH, Luis Moreno Ocampo, beauftragt, entsprechende Beweise zu sammeln. Diese sollen dazu dienen, Ermittlungen in Den Haag gegen den venezolanischen Staatschef wegen seines brutalen Vorgehens gegen Regimegegner einzuleiten. Wird der Verdacht bestätigt, würde ein OAS-Staat als Kläger vor Gericht auftreten. Es wäre das erste Mal, dass sich ein lateinamerikanischer Staatschef vor dem Haager Tribunal, dessen Statut Venezuela anerkennt, verantworten müsste. Mit dem Verfahren betritt die OAS juristisches Neuland. Almagro hofft, dass allein die Androhung eines Prozesses ausreicht, um die Gewalt in Venezuela einzudämmen. Bei den Demonstrationen der vergangenen Monate sind mehr als 160 Menschen ums Leben gekommen, die meisten waren Opfer der Sicherheitskräfte des Regimes. Vor dem IStGH genießen Staatschefs keine Immunität. jgl

Verhaftung eines Demonstranten in Caracas

CARLOS GARCIA RAWLINS / REUTERS

Fußnote

623 624

legal angemeldete Betten in Hotels und Ferienwohnungen gibt es auf den Balearen. Und es soll kein einziges hinzukommen. Die Inselregierung verbietet ab sofort das Bewerben und Vermieten von Privatwohnungen in Mehrfamilienhäusern an Touristen. Verstöße will sie mit hohen Geldstrafen ahnden. Langfristig sollen auf den vier beliebten Urlaubsinseln 120 000 Besucher weniger unterkommen.

Trumps Woche

Urlaub ist für Jammerlappen, Weicheier und all die Schneeflöckchen, die zu zart dafür sind, das ganze Jahr durchzuarbeiten. Mit anderen Worten: Urlaub ist nichts für Donald Trump. Seit einer Woche erholt er sich in seinem Golfklub in Bedminster, New Jersey, und versucht krampfhaft, der Welt beizubringen, dass er sich dort nicht zum Vergnügen aufhält. „Das sind keine Ferien – Meetings und Anrufe“, twitterte er. Man muss ihm das glauben, denn Ärger, Frust und Paranoia machen auch nie Urlaub, die vorherrschenden Gefühle auf dem Planeten Trump.

Er gibt sich wirklich Mühe, das Chaos aus dem Weißen Haus in Bedminster fortzuführen, nicht nur in Bezug auf Nordkorea. Am Mittwoch attackierte er den republikanischen Senator Mitch McConnell, der nach Trumps Ansicht die Abschaffung von „Obamacare“ vermasselt hat. Zuvor hatte McConnell gesagt, der Präsident stelle „übertriebene Erwartungen“ an den demokratischen Prozess. Der Politiker ist Trumps wichtigster Verbündeter im Senat, ohne dessen Hilfe kann der Präsident seine Großprojekte gleich begraben. Kritik ist aber nichts, was Trump kühl über sich ergehen lässt, Parteifreund hin oder her.

Und dann weiten sich ja auch die Russland-Ermittlungen aus. Am Mittwoch kam heraus, dass das FBI das Haus von Trumps früherem Wahlkampfchef Paul Manafort durchsucht hatte. Trump äußerte sich dazu nur kurz, weil er zu beschäftigt ist, den Eindruck von Müßiggang zu vermeiden. „Arbeite hart von Jersey“, twitterte er. Zumindest nennen die Zeitungen seine Ferien „Arbeitsurlaub“.